



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 21. Ratssitzung vom 9. November 2022

894. 2022/442  
Postulat von Islam Alijaj (SP), Carla Reinhard (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 14.09.2022:  
**Massnahmenpaket für das Abstellen der E-Scooters zur Verhinderung von Konflikten mit zu Fuss Gehenden oder mobilitätseingeschränkten Menschen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Islam Alijaj (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 624/2022): Mit diesem Postulat fordern Carla Reinhard (GLP) und ich den Stadtrat auf zu prüfen, wie mit einem Massnahmenpaket verhindert werden kann, dass E-Scooter so abgestellt werden, dass Fussgängerinnen und Fussgänger und Menschen mit Behinderung auf dem Trottoir gestört werden. Nach der Umsetzung und Auswertung der Massnahmen soll der Stadtrat einen Schlussbericht vorlegen. In der ganzen Stadt Zürich bieten verschiedene Anbieter E-Scooter an. Durch das Konzept des Free-Floating-Modells können E-Scooter an einem beliebigen Ort abgestellt werden. Das ist grundsätzlich sinnvoll. Leute können so zu Randzeiten sicher bis nach Hause fahren. Das führt in der Praxis aber dazu, dass die E-Scooter kreuz und quer auf dem Trottoir stehen. Das ist ein Problem beziehungsweise ein Hindernis für alle Fussgängerinnen und Fussgänger und erst recht für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder mit Kinderwagen. Wenn ich meine Tochter auf dem Rollstuhl mitnehme, muss ich anhalten, wenn ein E-Scooter im Weg ist. Ich muss meine Tochter absteigen lassen, schauen, wie ich den E-Scooter umfahren kann, und sie dann wieder aufnehmen. Das ist unglaublich mühsam. Die jetzige Situation führt zu negativen Reaktionen in der Bevölkerung, weil die E-Scooter vielen im Weg stehen. Deshalb sollte man das Problem mit einem Massnahmenpaket richtig anpacken. Dazu könnte beispielsweise gehören, dass die Stadt nur jenen Anbietern eine Bewilligung erteilt, die von den Nutzerinnen und Nutzern ein Bild beim Parkieren einfordern. So könnten Nutzerinnen und Nutzer zum umparken aufgefordert oder sanktioniert werden, wenn sie einen Fehler machen. Wir sprachen mit Anbietern und auch sie wären froh, wenn die Stadt die Situation mehr regulieren würde. Es wäre ein starkes Signal, wenn wir das Postulat dem Stadtrat überweisen. So könnten wir die Situation für alle verbessern.*

*Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. September 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Die E-Scooter, die auf den Trottoirs und den Velowegen herumliegen, sind ein Problem und ein echtes Ärgernis. Wir wurden in der Kommission über die «Verwaltung geteilter Mikromobilität» informiert, das war sehr erhellend und verschiedenste Formen der fahrzeugähnlichen Geräte (fäG) wurden sehr gut erläutert. Es gibt das Pilotprojekt «Via Nova», dessen Hauptziel die Verkehrssicherheit ist. Auch bei diesem Projekt braucht man eine Bewilligung bei gesteigertem Gemeindegebrauch. Es gibt bis zu 4000 ausleihbare E-Trottinette im Free-Floating-System und über 2000 Velos – davon 1800 stationäre PubliBikes und 375 im*



*Free-Floating-System. Die Betreiber brauchen eine Bewilligung und müssen der Stadtverwaltung Daten liefern. Es gibt mit jedem Anbieter einen Vertrag. Die Fahrzeuge sind mit einem GPS-System ausgerüstet, das die Betreiber periodisch abrufen. Die Betreiber sind verpflichtet, diverse Auflagen zu erfüllen. Halten sie die Begrenzung der Flotte von 800 Fahrzeugen nicht ein, droht ihnen der Entzug der Bewilligung. In gewissen Zonen sind die Fahrzeuge auf eine Maximalgeschwindigkeit von 3 bis 5 km/h eingestellt – vor allem im Innenstadtbereich. In gewissen Bereichen ist es ausserdem nicht möglich, das Fahrzeug abzustellen und den Mietvertrag zu beenden. Die Gewerbepolizei ist Ansprechpartnerin im Falle von Beschwerden. Die Beschwerden müssen innerhalb von 24 Stunden durch den Anbieter beseitigt werden. Mit den E-Scootern kann man bis zur Stadtgrenze fahren, danach sind sie blockiert. Wenn man morgens um 2 Uhr auf dem Nachhauseweg nicht mehr weiterkommt, ist man frustriert und schmeisst den E-Scooter einfach auf die Strasse. Dieses Problem kann weder die Stadt Zürich noch der Anbieter lösen. Es zeigt aber, wie dekadent unsere wohlstandsverwahrloste Gesellschaft ist und führt die Shared-Economy ad absurdum. Warum soll jemand Fahrzeuge vermieten, wenn er weiss, dass die Kunden das fremde Eigentum wie Abfall behandeln? Die SVP sieht in diesem Fall keine Handlungsmöglichkeit von Seiten Stadt; die Abschaffung des Ganzen wäre wohl wenig zielführend und auch im Aufstellen von Verbotsschildern sehen wir keine Lösung. Eine Lösung scheint nicht in Sicht, solange die Geräte im sogenannten Free-Floating-System verkehren, deshalb lehnen wir das Postulat ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Martina Zürcher (FDP):** *Ich verstehe die geschilderte Problematik und schimpfte auch über unmöglich abgestellte E-Scooter und Velos. Ich denke da zum Beispiel an die mit Velos vollparkierten Brücken über die Limmat. Aus Sicht der FDP braucht es aber kein Massnahmenpaket und keine Regulierungsflut, sondern nur die Umsetzung der bestehenden Gesetze durch das Sicherheitsdepartement. So steht in der eidgenössischen Verkehrsregelverordnung in Artikel 41: «Fahrräder dürfen auf dem Trottoir abgestellt werden, sofern für die Fussgänger mindestens 1,50 Meter freier Raum bleibt.» Strassenverkehrsrechtlich gilt ein E-Scooter als Velo. Die Polizei könnte also bereits heute wie bei anderen Verstössen gegen die Verkehrsregelverordnung dagegen vorgehen.*

**Martin Busekros (Grüne):** *Es ist wichtig, dass wir das Free-Floating-System der E-Scooter und Velos thematisieren. Aus grüner Sicht ist das System nicht sinnvoll. Die E-Scooter werden oft umgehauen und haben eine Lebensdauer von teilweise unter einem Monat. Der gesamte E-Scooter wird danach weggeworfen. An Stationen gebundene Systeme sind viel besser, weil die Problematik von im Weg stehenden Fahrzeugen gelöst werden kann. Es macht zudem keinen Sinn, fünf Anbieter mit jeweils 800 E-Scootern und unterschiedlichen Apps in der Stadt zu haben. Mobilität muss zentral organisiert sein – in Zürich haben wir das PubliBike und brauchen nicht irgendwelche Anbieter von E-Scootern, die nur aus Spass benutzt werden und im Weg stehen.*

Das Postulat wird mit 82 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat